

Sächsische Elbzeitung.

Amts- und Anzeigebatt

für das Königl. Gerichtsam und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächs. Elb-Zeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition derselben für 1 Mark vierteljährl. zu beziehen. — Inserrate für das Mittwochsblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendsblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die gespaltene Corpusecke oder deren Raum 10 Pf. Inserrate unter 5 Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft.) — Inserrate für die Elbzeitung nehmen an in Hohnstein Herr Bürgermeister Hesse, in Dresden und Leipzig die Annonen-Büros von Haasenstein & Vogler, W. Saalbach, Invalidendank und Rud. Mose.

Nº. 5.

Schandau, Mittwoch, den 15. Januar

1879.

Politische Weltchau.

Unser Kaiser erfreut sich fortgesetzt des besten Wohlseins und widmet sich in alter Weise mit voller Regelmäßigkeit der Erledigung der Regierungsgeschäfte. Der Monarch hat im Laufe der Woche wiederholt die Vorträge des Staatssekretärs im auswärtigen Amt, des Ministers des Innern, des Kriegsministers, des Chefs der Admiralität und anderer entgegenommen. Am Sonntag ist im Königlichen Schlosse das Krönungs- und Ordensfest in herzerbrachter Weise gefeiert worden, und voraussichtlich wird am Donnerstag mit der großen Cour im Schlosse die Reihe der Hoffestlichkeiten beginnen.

Die Verathungen der Bundesrathausschüsse über den Bericht der Tabaks-Enquête-Kommission haben ihren Anfang genommen und beschäftigt sich zunächst mit der Vertheilung von Referaten. Begreiflicher Weise sieht man mit großer Spannung den Ausschusshausträgen entgegen, weil man zweifelt, daß die Ausschüsse allen Vorschlägen der Commission zustimmen werden, und ziemlich allseitig wird als sicher angesehen, daß eine Vorlage über anderweitige Besteuerung des Tabaks dem nächsten Reichstage zugehen werde. Höchst wahrscheinlich wird man den Vorschlägen der Enquête-Kommission entsprechend eine modifizierte Gewichtssatze dem Reichstage unterbreiten.

Im Reichsjustizamt gedenkt man die Gebührenordnung für Rechtsanwälte, sowie das zur Zeit dem Bundesrat zur Begutachtung vorliegende Gesetz, betreffend die Fälschung der Nahrungsmittel, unter allen Umständen dem nächsten Reichstage vorzulegen. Ob dies auch mit anderen Gesetzentwürfen, so z. B. die über die Pfandbriefe und Eisenbahnbölligationen, der Fall sein wird, hängt davon ab, ob eines Teils die Entwürfe bis zu jener Zeit fertig gestellt werden können und anderenteils der Reichstag die nötige Zeit erübrigen wird, um neben den genannten Gesetzen und den zu erwartenden Steuerreformvorlagen auch diese Materien zu erledigen.

Der Reichskanzler hat beim Bundesrat in letzter Woche eine Vorlage eingebracht, welche die Strafgesetzgebung des Reichstages über seine Mitglieder gesetzlich regeln soll. Danach soll die Strafgesetzgebung des Reichstages über seine Mitglieder ausgeübt werden von einer Commission, die aus den Präsidenten und zehn Mitgliedern des Reichstages besteht. Die Wirksamkeit der Commission hätte einzutreten, wenn der Präsident des Reichstages oder 20 Reichstagsabgeordnete dieselbe beantragen, und sollen die zu verhängenden Strafen aus Verweisen, Abschluß aus dem Reichstag, Verlust der Wahlbarkeit und selbst Anträgen auf strafrechtliche Verfolgung bestehen. Dieser Gesetzesvorlage des Reichskanzlers gegenüber muß allerdings zugegeben werden, daß sie einem vorhandenen Bedürfnisse entspricht, denn der Reichstag ist in seinen letzten Sessonen mehrfach der Tumultplatz demagogischer, nahezu ekstatischer Kraftproben gewesen und als eine besondere Maßregel gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten könnte man sich vielleicht die Gesetzesvorlage des Reichskanzlers gefallen lassen. Der Würde des Reichstages hätte es aber mehr entsprochen, wenn dieser selbst einen entsprechenden Antrag gestellt hätte. Schwerlich wird daher auch der Reichstag dieser Vorlage in allen Punkten beistimmen, sondern eine wesentliche Modification derselben verlangen.

Zwischen der deutschen Regierung und dem schweizerischen Bundesrat ist, um die Verwaltung der Rechtspflege beiderseits zu erleichtern, eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher den deutschen und schweizerischen Gerichtsbehörden der unmittelbare Geschäftsaufschluß in allen Fällen gestattet ist, in welchen nicht der diplomatische Verkehr durch Staatsverträge vorgeschrieben ist, oder in Folge besonderer Verhältnisse räthlich erscheint.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am 8. Januar seine Sitzungen wieder aufgenommen.

Obwohl die Theilnahme der Abgeordneten in der ersten Sitzung für die vorliegenden Gesetzentwürfe nur schwach war, da sich Viele derselben in Privaterörterungen über die große Tagesfrage, den Finanzplan des Reichskanzlers, ergingen, so erledigte das Abgeordnetenhaus doch in dritter Lesung die Zusatzbestimmung zu Artikel 86 und 87 der Verfassung, betreffend die Errichtung gemeinschaftlicher Gerichtshöfe in den deutschen Bundesstaaten, sowie eine Anzahl kleinere Gesetzentwürfe. Ferner wurde der „Cultus-Etat“ Gegenstand einer lebhaften Erörterung und die „Polnische Sprachfrage“ sowie der Culturlauf wurde von einigen Abgeordneten in höchst langwieriger Weise erörtert. Der Abgeordnete Windthorst zeichnete sich in bekannter Weise durch die Länge seiner Reden aus.

Das ministerielle Programm, welches in Frankreich bei Eröffnung der parlamentarischen Session vorgelegt werden soll, war stürzlich Gegenstand des Ministerraths unter dem Vorsitz des Marschalls Mac Mahon. — Über den Sieg der Republikaner bei den Senatorenwahlen sind verschiedene Meinungen in Frankreich vertreten, welche die Presse zu der Ansicht geführt haben, die radikale Strömung werde sehr bald eine Parteipartitur unter den republikanischen Gruppen bewirken. Einige Blätter, unter ihnen namentlich „l'Univers“ und „l'Union“ gehen sogar so weit, eine große gesellschaftliche Katastrophe zu prophezeien.

In Österreich, wo man ebenfalls an der

bekannten Staatskrankheit, dem Deficit, leidet, wird

lebhaft die Frage erörtert, ob man dasselbe nicht

durch Nachahmung der zollpolitischen Ideen des

deutschen Reichskanzlers beseitigen könne. Vorschläge

in dieser Richtung liegen bereits in Menge vor. —

Der ungarische Finanzminister hat das Ueber-

kommen beabsichtigt Einführung der ungarischen Schatz-

Anweisungen 2. Emission und Deckung seines sonstigen

Bedarfs mit der Creditanstalt-Rothschild-Gruppe ab-

geschlossen.

Der englische Premierminister Lord Beaconsfield, welcher an der Gicht darniedergelag, ist gänzlich von seiner Krankheit wieder hergestellt und hat seine amtliche Thätigkeit wieder aufgenommen. Die afghanische Angelegenheit ist in ein neues Stadium getreten und erfährt man aus einem vor Kurzem stattgehabten Zwiesprach zwischen dem Correspondenten des „New-York Herald“ und dem russischen General Kauffmann, welcher als Gouverneur von Turkestan genau die Verhältnisse des englisch-afghanischen Krieges kennt, daß die Erfolge der Engländer durchaus nicht so hoch anzuschlagen seien, als daß ein befriedigender Abschluß des Krieges oder gar eine Unterwerfung Afghaniests vorauszusehen sei.

Verglämme, welche durch Bestechung zur Unter-

werfung gebracht waren, haben sich nach Abzug der

englischen Truppen wieder erhoben und Einsätze in

englisch-indisches Gebiet gemacht, sodaß die englische

Armee sich im Rücken bedroht sah.

Aus Italien erfährt man, daß die Beziehungen des Papstes zu Russland sich in den letzten Monaten erheblich verschlechtert haben. Wahrscheinlich hängt dieser Umstand mit der Versetzung des früheren russischen Agenten am päpstlichen Hofe, Fürsten Duroussoff zusammen. Derselbe wurde nämlich als russischer Gesandter nach Bukarest geschickt.

Die „Voce della verità“ hofft, daß der erste russische Bot-

schaftesekretär in London, Herr Bouteef, zum Agen-

ten in Rom ernannt werden wird.

In russischen Regierungskreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der Frage, wie der im Jenotawelskischen Bezirk ausgebrochenen Epidemie, dem Flecken-Typhus, (nicht, wie berichtet wurde, Menschen-Pest) am wirksamsten entgegenzutreten sei. Es wurde in Petersburg in einer außerordentlichen Konferenz des Medizinalrates beschlossen, eine strenge Quarantäne anzuordnen und erprobte hygienische Maßregeln zu ergreifen. Zugleich geht von der russischen San-

tätsbehörde die Mahnung aus, die Presse möge vor sichtig in der Verbreitung übertriebener Nachrichten bezüglich jener Epidemie sein, da die Folgen aufregernden unwahren Berichte über diese Krankheit sehr verderbenbringend sein würde. — Der Abschluß des definitiven Friedensvertrages zwischen Russland und der Pforte ist noch immer nicht erfolgt, da die Zahlung der Kriegsentschädigung von 300 Mill. Rubel der Pforte unmöglich ist. Die Verhandlungen befrachten sich daher auf andere Punkte des Präliminarvertrages von San Stefano, bei denen man zu schnellerem Abschluß zu kommen gedenkt. — Der russische General Raesendorff traf am 25. December, neuesten Nachrichten zufolge, mit dem Emir von Afghanistan in Mazaricheriff ein und soll der Emir noch immer die Absicht haben, nach Petersburg zu reisen.

Von Spanien wird der Tod des Generals Espartero gemeldet, eines Mannes, welcher sich zu wiederholten Malen hervorragend im Staate auszeichnete und einen bedeutenden Einfluß auf die Regierung des Landes ausübte; er hatte das 87. Jahr erreicht.

Randglossen zum englisch-afghanischen Kriege.

Mannigfach sind die Siegesnachrichten, welche seit Beginn des afghanischen Krieges bis heute von London aus über die Erfolge der englischen Armee gegen den Emir Schir Ali und seinen Sohn Zalib Khan in die Welt gesandt wurden, und kaum einmal ist ein Misserfolg der Engländer zu verzeichnen gewesen. Den natürlichen Verlauf gemäß müßten demnach jetzt endlich vom starken England dem Besiegten die Friedensbedingungen dictirt, und der britischen Krone ein Theil des afghanischen Gebietes einverleibt werden, worauf der Abschluß der Feindseligkeiten zu erfolgen hätte. So denkt und folgert Ledermann, welcher die britischen Berichte aufmerksam gelesen hat. Desto mehr ist jetzt die Welt erstaunt über die ganz unerwartete Wendung, welche die afghanische Kriegsaffaire genommen hat. Sie ist nichts weniger als zum Abschluß gelangt, sondern beginnt von Neuem, indem sie in ein anderes Stadium getreten ist. — Das Mähsel, weshalb diese Enthüllung so spät und unerwartet gekommen, findet seine Lösung darin, daß bisher nur englische Telegraphenleitungen als Verkehrsstätten dienten, während es den Afghanen, bei dem Mangel an Eisenbahnen, Posten und Telegraphen unmöglich war, Kriegsberichte vom Stapel laufen zu lassen. Neuerdings sind nun aber Berichte von russischer Seite in die Öffentlichkeit gedrungen, welche den englischen Siegesbulletins ein eigenthümliches Aussehen verleihen. So hat der Correspondent des „New-York Herald“ eine der besten amerikanischen Zeitungen, kürzlich eine Unterredung mit dem russischen General „Kauffmann“, dem Gouverneur von Turkestan, gehabt, aus welcher hervorgeht, daß man russischer Seite nicht im Entferntesten an die Beendigung des Krieges, geschweige denn an glänzende Eroberungen Englands in Afghanistan glaubt. Der General sprach die Ansicht aus, daß der Emir Schir Ali seinen Sohn nur deshalb vorgeschoßen habe, um die Engländer durch Friedensunterhandlungen hinzuhalten und später die Feindseligkeiten wieder selbst aufzunehmen zu können. Die afghanischen Truppen selbst seien ausgezeichnet und nur ihre Führung sei eine erbärmliche, so daß, wenn Schir Ali ein besseres Offiziercorps besäße, er den Engländern sehr gefährlich werden könnte. Der General sprach die Überzeugung aus, die Engländer würden, anstatt einen zu jeder Jahreszeit äußerst beschwerlichen Krieg fortzuführen, es vorziehen, Geld und Leute zu schonen und dem Unglückslande, das ihnen von 1842 nur zu gut in Erinnerung sei, den Rücken zu lehnen.

— Außerdem sollen die afghanischen Gebirgsstämmen,

welche sich den Engländern ergeben haben, meistens